

# Mitteilung

## öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	05.11.2012

### Erprobungsraum Rheinland für innovative, vernetzte Verwaltung

Die Bundesregierung richtet seit 2006 jährlich an wechselnden Orten den Nationalen IT-Gipfel aus. Ziel der Veranstaltung ist es, im Zusammenwirken von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft die Bundesrepublik Deutschland als Standort für Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) zu stärken.

Am 13. November 2012 wird der Nationale IT-Gipfel in Essen erstmals in Nordrhein-Westfalen ausgerichtet. Vorbereitet wird der IT-Gipfel in verschiedenen Arbeitsgruppen. Als kommunales Mitglied ist Herr Stadtdirektor Kahlen in der Arbeitsgruppe 3 "Innovative IT-Angebote des Staates" in die Planungen eingebunden.

Auf Initiative dieser Arbeitsgruppe ist bereits zum IT-Gipfel 2010 in Dresden die Metropolregion Rhein-Neckar (MRN) als Modell- und Erprobungsregion für ein föderales, kooperatives und wirtschaftsorientiertes E-Government errichtet worden. Die Entwicklung in dieser Region zeigt, dass die IT-Gipfel-Initiative dort wichtige Impulse gesetzt und eine nachhaltige Wirkung entfaltet hat, beispielsweise durch standardisierte Datenaustauschformate zwischen Wirtschaft und Verwaltung im elektronischen Antragsverfahren (Projekt P23R - Prozessdatenbeschleuniger).

Ermutigt durch die positiven Effekte in der Metropolregion Rhein-Neckar (MRN) wurde im Rahmen der Vorbereitungen zum IT-Gipfel 2012 vorgeschlagen, weitere Erprobungsräume für innovative IT-Angebote des Staates und der Kommunen einzurichten und diese zu vernetzen. Ziel der Erprobungsräume ist es, modellhafte Lösungen zu entwickeln, zu testen, Erfahrungen auszutauschen und bewährte Lösungen auch auf andere Erprobungsräume zu übertragen.

Eine erste Ideenskizze für einen Erprobungsraum „Rheinland“ wurde mit Vertreterinnen und Vertretern in der Region am 21.08.2012 im Kölner Rathaus erörtert. Die Beteiligten einigten sich darauf, zunächst auf Arbeitsebene Themenfelder der Zusammenarbeit zu identifizieren und auf dieser Grundlage die Chance zu nutzen, die Zusammenarbeit in der Wachstumsregion Rheinland zu stärken und praxistaugliche, innovative IT-Lösungen arbeitsteilig im Verbund zu realisieren.

Im September und Oktober 2012 wurden daraufhin mit hochrangigen Expertinnen und Experten in Arbeitssitzungen die Themenfelder des Erprobungsraums mit den Expertinnen und Experten konkreter erarbeitet und abgestimmt. Als Schwerpunkte einer erfolgreichen Zusammenarbeit in der Region wurden identifiziert:

- (1) offene Bildungsinfrastruktur
- (2) mobile und vernetzte Verwaltung und
- (3) offene Verwaltungsdaten/politische Beteiligung.

Zu (1)

Im Kooperationsfeld „**Offene Bildungsinfrastruktur**“ geht es darum, frei zugängliche, offene IT-

Angebote für Schulen bereitzustellen. Damit sollen Lehr- und Lernprozesse, Verwaltungsprozesse sowie Informations- und Kommunikationsprozesse zwischen Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften, Schulen und außerschulischen Organisationen, Schulträgern und Elternschaft unterstützt werden. Wegen der besonderen Herausforderungen des demographischen Wandels, des Fachkräftemangels und der Dynamik am Arbeitsmarkt soll zum Einstieg der Schwerpunkt auf der beruflichen Bildung liegen. Konkret wurden vier Projekte vereinbart, in denen die Zusammenarbeit fortgesetzt und vertieft werden soll. Die Projekte betreffen die Themen

- breitbandiger Anschluss der Berufskollegs und Aufbau einer Bildungs-Cloud (Federführung: regio IT Aachen – auch engagiert in der Innovationregion „Rheinisches Revier“)
- Stärkung der Medienkompetenz von Lehrerinnen und Lehrern als Serviceangebot (Federführung: Stadt Köln)
- Bereitstellung einer Online-Plattform zum Schulübergangsmanagement in der Region (Federführung: Kommunales Rechenzentrum Niederrhein)
- Definition eines Datenaustauschstandards XSchule“ für die wichtigsten Schulanwendungen (Federführung: LVR InfoKom).

Zu (2)

Mit dem Arbeitsbereich **„Mobile und vernetzte Verwaltung“** soll der Ausbau vernetzter Dienstleistungsangebote in der Region fortgesetzt werden, wie er beispielsweise mit der Behördennummer 115 schon begonnen wurde. Die Zusammenarbeit konzentriert sich hier unter Federführung der Stadt Köln auf die Felder:

- flächendeckende Einführung der einheitlichen Behördenrufnummer 115 in der Region mit einer arbeitsteiligen Erweiterung des Wissensmanagements
- Einführung und durchgängige Nutzung einer elektronischen Vergabeplattform
- gebietsübergreifende KfZ-Zulassung.

Zu (3)

Im Kooperationsfeld **„Offene Verwaltungsdaten/politische Teilhabe“** sollen aufbauend auf den positiven Erfahrungen in der Region mit Teilhabeformen wie dem Bürgerhaushalt weitere Initiativen und Projekte gestartet werden, die den Zugang und den Zugriff auf Informationen der Verwaltung und eine stärkere Beteiligung in politischen Entscheidungs- und Verwaltungsprozessen ermöglichen. Zum Start in die Zusammenarbeit wurde unter Federführung der Stadt Köln der Bereich „Offene Daten am Beispiel von Open Budget“ ausgewählt.

Aufgrund der sehr positiven Resonanz auf die Workshops und die schon fest vereinbarte Fortsetzung der Arbeit in Projekten soll auf Einladung von Herrn Oberbürgermeister Jürgen Roters an die Hauptverwaltungsbeamtinnen und Hauptverwaltungsbeamten des Rheinlands am Vorabend des IT-Gipfels, dem 12.11.2012, in Essen eine Zusammenarbeitsvereinbarung unterzeichnet werden.

Die in der Abstimmung befindliche Vereinbarung unterstreicht den Willen zur Zusammenarbeit in den beschriebenen Aktionsfeldern „Vernetzte und mobile Verwaltung“, „Offene Bildungsinfrastruktur“ und „Offene Verwaltungsdaten/politische Teilhabe“. Sie hebt hervor, dass der Erprobungsraum die bestehenden Initiativen zur Stärkung der Zusammenarbeit im Rheinland ergänzt, keine neue Organisation oder Institution schafft und allen Kommunen im Rheinland zur Mitarbeit offen steht.

Die Vereinbarung enthält auch eine Absichtserklärung, im Rahmen des IT-Gipfelprozesses den Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit mit der Metropolregion Rhein-Neckar (MRN) in dem Modellvorhaben „Kooperatives E-Government in föderalen Strukturen“ anzustreben. Gemeinsame Ziele sind die Zugänge zur Verwaltung für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Institutionen zu erleichtern, Prozesse zwischen Wirtschaft und Verwaltung zu verbessern und regionale Entwicklungen zu unterstützen.

gez. Kahlen